

Medienmitteilung

Botschaft zur Umsetzung der Pädophilen-Initiative

Enttäuschend: Bundesrat will Pädophilen-Initiative nicht konsequent umsetzen

Die Bürgerlich-Demokratische Partei BDP ist mit der heute vom Bundesrat verabschiedeten Botschaft nicht zufrieden. Er korrigiert seine unbefriedigenden Umsetzungsvorschläge nur teilweise und orientiert sich weiterhin an der von der BDP kritisierten Kompromissvariante. Damit kann das lebenslange Berufsverbot für pädophile Straftäter unter dem Vorwand der Verhältnismässigkeit einfach umgangen und der Volkswille ausgehebelt werden.

Mit der heute verabschiedeten Botschaft will der Bundesrat die Pädophilen-Initiative weiterhin nicht konsequent umsetzen. Anstelle eines vom Stimmvolk beschlossenen „ausnahmslosen lebenslangen Berufsverbotes für pädophile Straftäter“ sind weiterhin zahlreiche Ausnahmen möglich. Für die BDP ist es zudem unverständlich, dass der für den Vollzug des Tätigkeitsverbots wesentliche Strafregistereintrag nach 10 Jahren erneut diskutiert oder gar gelöscht werden kann. Die Durchsetzbarkeit von lebenslänglichen Tätigkeitsverboten wird so deutlich erschwert.

Die BDP hat dies bereits in ihrer [Vernehmlassungsantwort](#) kritisiert und Verbesserungen gefordert. So zum Beispiel die Beschränkung der Ausnahmeregelungen auf ein Minimum. Dies ist der BDP namentlich in Fällen von einvernehmlicher Jugendliebe ein wichtiges Anliegen.

Die BDP hat von Anfang an ein lebenslanges und endgültiges Berufsverbot gefordert, da die Schweizer Stimmbevölkerung 2014 mit der deutlichen Annahme der Pädophilen-Initiative dem Opferschutz einen klar höheren Stellenwert eingeräumt. Dass sich der Bundesrat nun derart beharrlich weigert, den Volkswillen umzusetzen, ist enttäuschend. Die BDP wird sich im Parlament für eine konsequente Umsetzung der Initiative einsetzen.

Auskunft:

NR Martin Landolt, 079 620 08 51

NR Bernhard Guhl, 079 337 80 50

03.06.2016